



In Lauscha nahmen Henry Worm, Jörg Geibert und Beate Meißner (von links) Stellung zu den Problemen der Feuerwehr.

Fotos: Kleinteich

Nicht nur übers Geld, auch über die Menschen reden

Beim Feuerwehrforum in Lauscha formulierten die Retter vor allem eine Botschaft an Minister Jörg Geibert: Die Belastungsgrenze ist erreicht.

Von Norbert Kleinteich

Lauscha – Vertreter der Feuerwehren aus dem Landkreis Sonneberg trafen sich in der Feuerwehr Lauscha am Dienstagabend. Die CDU des Landkreises mit den Landtagsabgeordneten Beate Meißner und Henry Worm hatte zu dem Forum eingeladen. Als Gast war Thüringens oberster Feuerwehrmann, Innenminister Jörg Geibert, angereist, um sich den Fragen zu stellen.

Einen umfassenden Beitrag legte Kreisbrandinspektor (KBI) Mathias Nüchterlein vor, der damit auch die Grundlage für die weitere Veranstaltung bildete. „Viele Probleme die das Feuerwehrewesen betreffen, werden in den nächsten Jahren gelöst werden müssen. Sollte dies nicht gelingen, wird die flächendeckende Gefahrenabwehr nicht mehr gewährleistet sein“, so die Prognose des 31-jährigen Neuhäusers.

Es ballen sich Aufgaben

Bei dem sich seit Jahren verschärfenden Personalmangel sei es bereits jetzt zu bestimmten Zeiten nicht mehr sicher, ob schnelle und ausreichende Hilfe bei Betroffenen ankäme. Zwischen 6 und 17 Uhr seien 70 Prozent der Wehren im Landkreis nicht oder nur bedingt einsatzfähig.

Bei den Wehren, die noch ausreichend gut aufgestellt sind und Personal haben, ballen sich ständig mehr

und neue Aufgaben. Nüchterlein erinnerte dabei an die umfangreichen, intensiven Ausbildungs- und kostenintensiven Maßnahmen, die der Feuerwehr durch die ICE-Neubaustrecke auferlegt sind. Das betreffe besonders die Stützpunktfeuerwehren. Sie würden über die Belastungsgrenze hinaus beansprucht.

Funktionieren würde das auch nur, weil Feuerwehrleute in der Stadtverwaltung oder im Bauhof in Lohn und Brot stünden.

Für einen ehrenamtlichen Helfer käme dazu, dass immer komplizierter werdende gesetzliche Rahmenbedingungen zur Folge haben, dass sich viele Führungskräfte, die nicht über ein juristisches Staatsexamen verfügen, überfordert fühlen. Es stünde die Frage, welche Maßnahme im Einzelfall die richtige und gesetzeskonforme sei. Nüchterlein fordert eindeutige Regelungen und klare Strukturen.

Auch am Personalabbau der Polizei kam er in seinem Statement nicht vorbei – obwohl

danach der Innenminister das dementierte. Im Zuge der Umverteilung gäbe es sogar 300 Polizisten mehr im Land. Der KBI sieht infolge des Mangels an Polizei vor Ort immer mehr Aufgaben an die Feuerwehr übertragen. Die Kameraden würden vor Ort zudem oft allein gelassen. Die Verantwortlichen seien „oben“ zu suchen. Jede Reform hätte eine Einsparung von Kosten zur Folge und das geschehe entweder durch Personaleinsparung oder durch Einsparung bei Fahrzeugen oder Technik der Polizei.

Sparzwang und der Druck, Kosten zu reduzieren, ziehe in Bereichen der öffentlichen Sicherheit eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse und der Sicherheit der Bürger nach sich. „Ich wünsche denjenigen nicht, die fernab vom Einsatzgeschehen beispielsweise entschieden haben, einen Rettungswagen

wegen Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen einzusparen, mit demjenigen zusammenzutreffen, der gerade nach 30 Minuten erfolgloser Laien-Animation einen nahen Angehörigen verloren hat. Der hätte nämlich überleben können, wenn ein Rettungsmittel frei gewesen wäre“, so Nüchterlein weiter. Er äußerte, Geld dürfen nicht alleiniger Ausgangspunkt aller Überlegungen sein. Die Frage „Was ist uns ein Leben wert?“ dürfe so nie gestellt werden. Auch warnte er davor, die Hilfsfrist von zehn Minuten nicht zu verlängern.

Als Maßnahmen zur Verbesserung des Personalproblems schlug er vor, in strukturschwachen Regionen Möglichkeiten zu schaffen, Menschen im öffentlichen Bereich zu beschäftigen.

Als Maßnahmen zur Verbesserung des Personalproblems schlug er vor, in strukturschwachen Regionen Möglichkeiten zu schaffen, Menschen im öffentlichen Bereich zu beschäftigen, um rechtzeitig zum Einsatzort zu gelangen. Unternehmen müssten stärker in die Verantwortung genommen und die öffentliche Wahrnehmung der Wehren besser werden. Dabei verwies er darauf, sich darüber klar zu sein, was es für Folgen haben könnte, wenn man sich an Feuerwehrreigentum vergreife.

Abschließend verwies der KBI auf den technischen Wandel. So sei es ein großer Kraftakt für Gemeinden, ein „normales“ Feuerwehrfahrzeug für 320 000 Euro anzuschaffen und forderte Unterstützung für diese Kommunen. Mit all den Denkanstößen stellte Nüchterlein klar: Die Belastungsgrenze ist erreicht!

Ausrückzeit nicht strecken

Geibert teilte die Sorgen des KBI. Es gelte, die Rahmenbedingungen zu verbreitern und der Minister erinnerte daran, dass der Brandschutz für die Gemeinden eine Pflichtaufgabe und die Verantwortung wahrzunehmen sei. An der Hilfszeit von zehn Minuten werde allein aus medizinischer Sicht nicht gerüttelt.

Für Lauschas Bürgermeister Norbert Zitzmann (SPD) spielt die Feuerwehr eine große Rolle. Ohne sie, das wurde mehrfach deutlich, käme man allein aus ehrenamtlicher Sicht nicht zurecht. Er sieht die Imageprobleme der Feuerwehr nicht nur nach außen sondern auch von innen. Rückenwind bekam Zitzmann von seinem

ehrenamtlichen Amtskollegen aus Steinheid, Ortsteilbürgermeister Jürgen Schreppel. An die Adresse der Politiker ging sein Ruf: „Mit Geld ist alles möglich.“ Man solle parteiübergreifend prüfen, wo Geld falsch angewendet wird und lieber dort einsetzen, wo es nötig ist.

Lauschas Stadtbrandmeister Hartmut Greiner-Stöfle sprach von einer guten Ausstattung der Feuerwehr und gestand zu, dass man in Thüringen viel getan habe hierfür. Man müsse nicht nur über Geld, sondern auch über die Menschen reden. Das Problem der Personalbesetzung könne man nicht kaschieren. Es sei vor allem schwierig, Leute für die Feuerwehr zu begeistern. „Was nützte es, wenn man die Kinder mit sechs Jahren begeistere und sie dann als Jugendliche weggehen?“, sagte der Lauschaer Feuerwehrchef. Er stellte die Frage in den Raum: „Wie lange funktioniert das noch?“

Aber auch mit Berufsfeuerwehren kann man hier nicht rechnen. Unter 33 Mann Sollstärke könne man keine Berufsfeuerwehr fahren, entgegnete Geibert. In Erfurt würde man im Ernstfall sofort eine freiwillige Feuerwehr

nachalarmieren.

Dass Feuerwehren immer noch auftreten, die nicht in einer entsprechenden Schutzausrüstung gekleidet sind, versteht Reiner Reus, Stadtbrandinspektor aus Neuhaus am Rennweg, nicht. „Da ist die Gemeinde in der Verantwortung“, argumentiert er und bekennt, wie die anderen auch, die Personalprobleme.

„Wie wäre es, wenn man seitens der ‚Oberen‘ das Leben der Feuerwehr einmal richtig darstellt“, schlug Kreisjugendwart Henry Schwarzer vor, der von Erfahrungen aus anderen Regionen und Österreich berichtete. Damit möge man in den Köpfen der Leute einiges über die Feuerwehr geraden.

Die frühere Wehrpflicht, der man mit Arbeit im sozialen Bereich oder in der Feuerwehr entgegenkommen konnte, war das Thema von Hubert Fischer, Wehrführer in Sichelreuth.

Das letzte Wort sprach der Innenminister dahingehend, dass er viele kreative Vorschläge gehört habe. Aber auch er scheint derzeit kein Patentrezept zu haben, um die anstehenden Probleme, geschweige denn die Ursachen, beseitigen oder lösen zu können. Insofern hat man aber einmal darüber gesprochen.



Mathias Nüchterlein.



Hartmut Greiner-Stöfle.



Hubert Fischer.



Henry Schwarzer.



Das Feuerwehrforum in Lauscha war gut besucht.